



Köln, 1.4.2023

## WGR-Aktuell April 2023

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wieder einmal besticht die Ampel-Koalition durch hektische Gesetzgebungsmaßnahmen. Klimaveränderung, soziale Ungewogenheit und Bürgerentlastungen vermischen sich zu einem Chaos von „gut sein wollen“, „es allen recht machen wollen“ und „der Staat kann alles“ – Doktrin. Eigentlich hätte die Koalition vorgewarnt sein müssen angesichts der gescheiterten Gasumlage aus dem Herbst 2022 und der völlig falschen Prognosen zur Entwicklung der Energiepreise.

Die Vorstellung, dass der Staat mit neuen Gesetzen alles schnellstmöglich für den Kampf gegen die Klimaerwärmung zu regeln hat, führt zu einer ungesunden Mischung aus Anspruchsdenken und Subventionsverlangen. Es scheint, als würde die antidemokratische Letzte Generation die Ampel-Koalition vor sich her treiben. Die Ampelkoalition will mit Aktionismus die Welt retten ohne zu prüfen, ob der Aktionismus funktioniert.

Wer auf marktwirtschaftliche Kräfte baut, braucht keine Energiepreisbremse. Schon jetzt dürfte absehbar sein, dass eine extreme staatlich verordnete Minderung des Verbrauchs fossiler Energieträger eher dazu führen wird, dass diese Energieträger preiswerter und somit den Klimaschutzziele entgegenwirken werden. Um mit der Energie aus erneuerbaren Energien konkurrenzfähig zu bleiben, wird sich lautstark die Forderung nach weiteren Subventionen erheben.

Das Mantra des sofortigen Handlungszwangs zur Weltrettung ist nüchtern betrachtet eine irrealer Vorstellung. Deutschland ist nicht allein auf der Welt. Die globale Entwicklung insbesondere in anderen Industrieländern und vor allem in den USA, China und Indien haben für das Weltklima eine so hohe Bedeutung, dass Deutschland als Visionär wie ein Zwerg dasteht. Kein Zweifel – das ändert nichts daran, dass Deutschland alles tun sollte, um CO<sup>2</sup>-Emissionen zu vermeiden. Es sollte aber die Bedeutung relativieren und die Erkenntnis reifen lassen, dass mit einem sofortigem Abstellen von CO<sup>2</sup>-Emissionen weder die Welt gerettet

werden kann, noch ein nachhaltiger Effekt erzielbar ist. Solange fossile Energieträger weltweit genutzt werden, helfen keine drastischen Sofortmaßnahmen sondern nur eine kluge Politik der gezielten Steuerung, vor allem auch zur Vermeidung der unerwünschten Umkehreffekte.

Auch wird vergessen, dass unser jetziges Stromnetz in keinster Weise darauf ausgerichtet ist, nur Wind- und Solarenergie aufzunehmen. Solange die notwendigen Pufferspeicher nicht da sind, wird die Nutzung fossiler Energieträger nötig bleiben, da die alternative Atomkraft für Deutschland ein No Go ist.

Das zunächst ausgesprochene und dann relativierte Verbot des Kaufs von Heizungen mit fossilen Energieträgern bereits ab dem 1.1.2024 ist ein geradezu klassisches Beispiel nicht durchdachter Gesetzgebung. Der erste Umkehreffekt ist schon sichtbar: massenhaft werden Öl- und Gasheizungen geordert, damit man die teure Investition in eine Wärmepumpe erst mal spart.

Höchst sinnvoll ist auch der Effekt, dass man sich befreien lassen können soll, zum Beispiel durch die Alterseinstufung Ü 80 oder Armut im Eigenheim. Da wird die Oma schnell zum kurzfristigen Immobilieninvestor.

Da Wärmepumpen wesentlich teurer sind als klassische Gasheizungen, wird der Ruf nach Subventionen besonders laut. Keiner berichtet in der Presse darüber, dass die höchst sinnvolle Investition in energieeffiziente geothermische Wärmepumpen bereits seit längerem mit 45 % von der BAFA bezuschusst wird. Wegen des höheren Aufwands reicht das jedoch nicht zur preislichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber klassischen Heizungsanlagen. Die Wärmepumpe soll ja bitte schön nicht teurer sein als eine Gasheizung. Der Ruf nach hohen Subventionen verbleibt also. Er lässt sich gut mit Umverteilungsplänen kombinieren, nämlich dadurch, dass die Subventionen als einkommensteuerpflichtig behandelt werden, so das Gedankenspiel eines Ampel-Koalitionärs.

Über die Praktikabilität wollen wir erst gar nicht reden. Die Frage des Austauschs alter Heizungen wird bisher in den Medien von dem Modell des Einfamilienhausbesitzers und seiner Belastbarkeit beherrscht. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung wohnt jedoch in Mehrfamilienhäusern und in Großstädten. Viele Mehrfamilienhäuser verfügen über Gasetagenheizungen. Soll in jeder Wohnung eine Wärmepumpe installiert werden mit zusätzlich anzuschaffendem Warmwasserbehältern? Erdwärmegebundene Wärmepumpen dürften sich in den verdichteten Großstadtflächen im Regelfall verbieten. Sollen die Luftwärme-Pumpen auf dem Balkon oder an den Außenwänden installiert werden? Sind damit verbundene Lärmemissionen für den Klimaschutz vertretbar oder protestiert der Gesundheitsminister? Zig Tausende von Eigentümergemeinschaften von großstädtischen Mehrfamilienhäusern werden mit dem Gesetz allein wegen der Machbarkeit in die schiere Verzweiflung getrieben.

Man stelle sich die Utopie vor, alle Bürger des Landes würden binnen Jahresfrist ihre Heizungen tauschen, nur noch mit E-Autos herumfahren und alle fossilen Kraftwerke wären abgeschaltet. Was wäre die Folge? In Deutschland bliebe es dauerhaft dunkel und der ÖPNV stünde still. Zum einen fehlt es nämlich an genügend erneuerbarer Energie, zum anderen an der für ein Stromnetz unverzichtbaren Stabilität. Strom lässt sich, es sei wiederholt, nur bedingt speichern.

Vorschriften haben nur begrenzten Einfluss. Die tatsächliche Transformation weg von den fossilen Energieträgern bedarf politisch und gesetzgeberisch einer sorgfältigen Abwägung. Hauruck-Gesetze, die in der Praxis nicht funktionieren, können wir uns nicht erlauben und führen schlimmstenfalls zu einer politischen Radikalisierung nach rechts, wenn sie von einer wachsenden Anzahl von Wählern als für sich persönlich ungerecht empfunden werden. Und – Hände weg von der steuerlichen Gesetzgebung. Wer Finanzierungsfragen von öffentlichen Subventionen allein den vermeintlich Reichen anlasten möchte, verfolgt dogmatische Umverteilungspläne, getarnt unter dem Deckmantel sozialer Ausgewogenheit.

Wie wäre es mit einer Stärkung marktwirtschaftlicher Kräfte? Neben der in jeder Hinsicht notwendigen Akzeptanz der Bürger in umweltpolitisch verantwortungsvolles Handeln sind es die marktwirtschaftlichen Preise, die im großen Stil am effizientesten erfolgversprechend sind. Je teurer fossile Energieträger für Industrie, Infrastruktur und Bürger sind, desto eher werden sie vermieden, mittelfristig und dauerhaft. Das ist eine Erkenntnis vieler Jahrzehnte praktizierter Marktwirtschaft. Zwangsregulierung endet dagegen im Chaos.

Gleichzeitiges Gasheizungsverbot und Gaspreisdeckel hört sich nach dieser marktwirtschaftlichen Maßgabe wie exzellent gelungene Satire an.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell